

Parlament stoppt Finanzplanung

EU-PARLAMENT | Kritik an Regierungschefs wegen Ablehnung von Sparvorschlägen

Die großen Fraktionen waren sich einig. Sie beschlossen mehrere Forderungen.

STRAßBURG/CG/DPA – Das Europaparlament lehnt die von den 27 EU-Regierungen beschlossene Finanzplanung der Europäischen Union für die Jahre 2014 bis 2020 ab. Die Abgeordneten wiesen am Mittwoch in Straßburg mit 506 von 690 Stimmen den im Februar ausgehandelten Kompromiss der Staats- und Regierungschefs zurück. „Wir sind bereit, nun über einen verbesserten mehrjährigen Finanzrahmen zu verhandeln“, sagte Parlamentspräsident Martin Schulz (SPD).

„Das Europaparlament hat gezeigt, dass es als Verhandlungspartner ernst genommen werden muss“, sagte Schulz. In der Ablehnung waren sich die großen Fraktionen einig: Neben Christdemokraten und Sozialdemokraten stimmten Liberale, Grüne und Linke dafür.

Die Abgeordneten beschlossen eine Reihe von Forderungen. So verlangen sie, dass ein auf 16 Milliarden Euro geschätztes Loch im Haushalt des laufenden Jahres zunächst gestopft werden müsse. „Der Europäische Rat hat höhere Ausgaben beschlossen, will aber gleichzeitig weniger Mittel bereitstellen. Das geht nicht zusammen“, sagte der CDU-Europaabgeordnete Hans-Peter Ma-



yer (Vechta). „Wer weniger Geld ausgeben will, muss auch klar sagen, wo er sparen will. Der Rat hat aber all unsere Sparvorschläge abgelehnt.“

Das Parlament will auch „Flexibilität“: Gelder sollen zwischen verschiedenen Haushaltspositionen und Haushaltsjahren hin- und herge-

schohen werden dürfen. Außerdem fordern sie eine Überprüfung und mögliche Änderung der Finanzplanung nach dreieinhalb Jahren. Schließlich müssten auch Möglichkeiten zu eigenen Steuereinnahmen der EU verbessert werden.

Die Regierungen hatten sich am 8. Februar nur mühsam auf eine Ausgaben-Obergrenze von 908 Milliarden Euro geeinigt. „Es geht nicht vorrangig um das Geld, wir wollen vor allem über die Struktur der Ausgaben reden“, sagte Schulz.

Die Staats- und Regierungschefs der EU treffen sich an diesem Donnerstag in Brüssel. Sie werden sich dabei aber nicht näher mit der Ablehnung der Finanzplanung durch das Parlament befassen, sagten Diplomaten. Im Ministerrat hieß es, man rechne mit „sehr schwierigen Verhandlungen“.

Für die Kommunen ergäben sich durch das Nein des EU-Parlaments keine Nachteile, sagt Hans-Peter Mayer. Denn „dann gilt der Vorjahreshaushalt unverändert weiter, die Kommunen bekommen das gleiche Geld wie vorher.“

Doch einige Gemeinden spüren die Verzögerung in der Finanzplanung schon jetzt: Gelder für Dorferneuerungen werden knapp, ab wann es neue Fördermittel gibt, ist noch nicht absehbar – eine Finanzierungslücke tut sich auf.

→ **OLDENBURGER LAND, SEITE 9**